

Niederschrift
über die Sondersitzung des Schul- und Sportausschusses
am 01.06.2021

Tagungsort: Große Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule
Apfelstraße 210
33611 Bielefeld

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Willi Blumensaat
Herr Vincenzo Copertino
Herr Marcus Kleinkes
Herr Ansgar Leder

SPD

Herr Jan Banze
Herr Lars Nockemann Stellv. Vorsitzender
Herr Frederik Suchla
Frau Miriam Welz

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Lisa Brockerhoff
Herr Gerd-Peter Grün
Frau Gudrun Hennke ab 18:10 Uhr
Herr Klaus Rees bis 18:10 Uhr

FDP

Herr Jan Maik Schlifter

Die Partei

Herr Jan Schwarz

AfD

Frau Heliane Ostwald

Die Linke

Frau Astrid Lehmann

Beratende Mitglieder

Frau Cara Mühlpfordt
Herr Karl-Wilhelm Schulze
Herr Tim Seidel
Frau Renate Worms

von der Verwaltung:

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus
Herr Poetting (Stab Dez. 2)
Frau Schönemann (Amt für Schule)
Frau Beckmann (Amt für Schule)
Frau Dr. Klein (Amt für Schule)
Herr Popp (Amt für Schule)
Herr Seifert (Geschäftsführung/Schriftführung Schule)

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 **Bericht zur Schulentwicklungsplanung**

Zu Punkt 1.1 **Ganzheitliche Schulentwicklungsplanung: Beschluss des Ganzheitlichen Schulentwicklungsplans für die städtischen allgemeinbildenden Schulen in Bielefeld für den Zeitraum 2020 - 2030**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1084/2020-2025

Herr Nockemann (stellvertretender Ausschussvorsitzende) ruft den Tagesordnungspunkt auf. Er bittet die Mitglieder, dass der Änderungsantrag (DS-NR 1778/2020-2025) gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt beraten werden solle. Die Mitglieder signalisieren hierzu ihre Zustimmung.

Frau Ostwald (AFD) meldet sich zu Wort und moniert, dass mit nicht aktuellen Zahlen gerechnet worden sei. In Jöllenbeck zum Beispiel gäbe es nun andere Schuleinzugsbereiche. Mit vorliegendem Plan versuche man eine integrative Einheitsschule für alle zu schaffen und auch die Inklusion in den Gymnasien durchzusetzen. Diese SEP sei ein Ergebnis linksgrüner Politik und würde jeglicher wissenschaftlicher Studien widersprechen. Man müsse mit Bildungslücken, Integration und Migration in den Schulen zurechtkommen. L-Klassen würden keine Einstufung der Kategorie fünf mehr erhalten. Bis 2030 würden 15.000 Lehrerstellen fehlen. Der Elternwille würde ebenfalls nicht berücksichtigt werden. Man müsse die Anzahl der Gesamtschulen herunterfahren und das normale Bildungssystem stärken. Auch würden Baukosten um ca. 43 % steigen. Die AFD lehne daher diese Vorlage ab.

Herr Suchla (SPD) merkt an, dass man die sehr gute Qualität der SEP bereits in erster Lesung behandelt habe. Mit dem vorliegenden Konzept sei eine andere Form der SEP möglich. Der Ganzttag würde gestärkt und Segregation würde vermindert. Weiterhin würde der Handlungsleitfaden für die nächsten Jahre fortgeschrieben und es würde die Qualität von Schulbau vorangetrieben.

Zum Antrag der Koalition sagt er, dass es sich dabei um dringende Bedarfe handeln würde. Anhand der herausgelesenen Leitbilder wolle man Bildungsgerechtigkeit, Gleichbehandlung der Schulen und Heterogenität fördern. Man bitte die Verwaltung um zwei schulische Baumaßnahmen, zum einen den Bildungscampus und zusätzliche Bedarfe bei den Gymnasien. Der Ganzttag, welcher ein großes Erfolgsmodell in Bielefeld sei, solle im Grundschulbereich weiterentwickelt werden, mit dem Ziel, den Rechtsanspruch ab 2026 zu verwirklichen.

Herr Schlifter (FDP) betont, dass das Ziel der SEP unter anderem die Steuerung der Aus- und Neubauverfahren sei. Er frage sich, ob nun die Standortvorschläge für neue Schulen kommen würden. Weiterhin, ob nun die Handlungsfelder automatisch oder Feld für Feld abgestimmt würden. Positiv an der SEP seien die Schulraumberater und die angestrebte Inklusion. Die räumliche Umsetzung sei hingegen schwierig, da hier ein Zeitplan notwendig wäre. Hier müsse man Prioritäten setzen. Es stelle sich nun die Frage, was der Schulträger machen kann.

Zum Antrag der Koalition beantragt er erste Lesung. Hierzu gäbe es noch Beratungs- und Klärungsbedarf. Zum einen die Notwendigkeit für zehn Züge (Abitur) und zum anderen die gemeinsam geplante Oberstufe des Bildungscampus. Man dürfe die Daten der SEP nicht uminterpretieren, vom Gymnasium zur Gesamtschule. Auch müsse man klären, ob der geplante Bildungscampus schulrechtlich möglich sei. Man solle keine Schulpolitik mit Gebäuden betreiben. Zum Punkt drei des Antrages, Erweiterung an existierenden Gymnasien, wolle er wissen, wie die Verwaltung diesen Beschluss umsetzen würde.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus erklärt, dass das vorliegende Konzept der Verwaltung als Arbeitsgrundlage dient. Die Handlungsleitfelder werden nun sukzessive abgearbeitet. Für den Zeitplan des räumlichen Ausbaus sind drei Faktoren wichtig, Neubau, Erweiterungen und Umbau im Bestand, ähnlich wie die OGS-Ausbauliste.

Den rhythmisierten Ganzttag kann nur die Schule zusammen mit der Schulkonferenz beschließen. Hierzu bietet das Konzept entsprechende Anreize.

Frau Brockerhoff (B 90/Grüne) zeigt sich über die SEP erfreut. Dies sei kein Abschluss, sondern ein Anfang. Mit den Leitlinien wolle man Zukunft gestalten. Man wolle Schulraum in der Sekundarstufe 1 schaffen und darüber hinaus Gemeinsames Lernen fördern. Ziel sei eine gemeinsame Entwicklung und die Verringerung von Bildungsbrüchen. Auch im Grundschulbereich müsse man Weichen stellen und den Ganzttag ausbauen. Sie wirbt für eine Verzahnung von OGS und ganztäglicher Bildung.

Bezugnehmend auf die zehn fehlenden Gymnasialzüge führt sie an, dass man damit plane, aber für die Zukunft Flexibilität, auch für andere Bildungsgänge, sichern wolle.

An Frau Ostwald gerichtet weist sie darauf hin, dass Inklusion das Recht eines jeden Kindes sei und dass daher kein Lehrermangel rühren würde.

Frau Ostwald (AFD) erwidert, dass sie sehr wohl am Wohl der Kinder interessiert sei, sie sei nun seit 38 Jahren Lehrerin. Daher wisse sie, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulen am Limit arbeiten würden. Man dürfe die Schulen nicht überlasten und Fakten würden ausgeblendet.

Herr Kleinkes (CDU) merkt an, dass sich seine Partei bezüglich der SEP noch in der Arbeit und Abstimmung mit den Bezirken befände. Er befürwortet daher den Antrag auf erster Lesung des Koalitionsantrages. Diesen Antrag solle man in einer Sondersitzung beraten.

Zum Koalitionsantrag stellt Frau Welz (SPD) klar, dass keine Landespolitik auf kommunaler Ebene betrieben werden solle. Man wolle die Abschlusshilfe verhindern, dies sei aber auch eine Kostenfrage. Ziel sei die Stärkung der Kooperation aller Bildungsträger und die Schaffung von Schulräumen. Man wolle mit dem Antrag keine Schulformdebatte starten. Wichtig sei ein Beschluss vor der Sommerpause.

Für Frau Lehmann (Die Linke) geht der Eckdatenbeschluss nicht weit genug. Man strebe damit kein Ende des dreigliedrigen Schulsystems an. Man müsse das integrative System weiter ausbauen. Eine Schule für alle wäre wünschenswert. Die Maßnahmen gehen ihrer Meinung nach aber in die richtige Richtung, da man mehr Bildungsgerechtigkeit fördern würde. Zum Punkt eins des Antrages führt sie aus, dass man damit das integra-

tive System stärken, Heterogenität steigern und Segregation vermeiden würde.

Mit dem zweiten Punkt des Antrages würde man den rhythmisierten Ganzttag anstoßen.

Mit dem Bildungscampus, unter Punkt drei des Antrages, erhalte man die Chance auf ein besonderes Gymnasium.

Herr Schlifter (FDP) meldet sich zu Wort und möchte von der Verwaltung wissen, wo man laut Antrag die weiteren Züge am Gymnasium suchen werde. In der SEP würden schon Gymnasien genannt, oder gäbe es noch mehr Ausbaubedarfe.

An den Antragsteller gerichtet möchte er bezüglich des Vorschlages des Bildungscampus als Neubau mit höchstens drei Zügen wissen, wo die zehn Gymnasialzüge verortet werden.

Frau Brockerhoff (B 90/Grüne) und Herr Suchla (SPD) erläutern, dass zwei Züge bereits beschlossen wurden. Diese würden am Ceci und Waldhof verortet. Drei Züge würden am Bildungscampus verortet werden. Der Platz für fünf Züge müsste noch gefunden werden. Hier würde sich ein Neubau eines Gymnasiums mit 3-4 Zügen anbieten. Eine Umwandlung von Gymnasialzügen zu Gesamtschulzügen würde nicht angestrebt und sei auch nicht schulrechtskonform.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus fasst das Gesagte noch einmal zusammen. Bezüglich der beschlossenen Gymnasialzüge und der drei am Bildungscampus einzurichtenden Gymnasialzüge verweist er auf die Ausführungen von Frau Brockerhoff und Herrn Suchla. Bei den noch fünf fehlenden Zügen stellt sich nun die Frage, wo diese untergebracht werden. So könnte noch jeweils ein weiterer Zug am Ceci und Waldhof untergebracht werden. Dies sei zu prüfen. Sollte das nicht umsetzbar sein, muss ein eigenständiger Standort gefunden werden.

Herr Schlifter (FDP) meldet sich noch einmal zu Wort und möchte wissen, woher der Bedarf für den Bildungscampus komme. Handele es sich hierbei um einen konkreten am Elternwillen orientierten Bedarf oder wolle man damit die notwendigen Erweiterungsbedarfe an Gymnasialzügen abdecken. Bei den Gesamtschulen könne man noch ein bis zwei Züge eventuell bei der Gesamtschule Quelle verorten. Bei den Sekundarschulen könne man eine bestehende Sekundarschule um einen Zug erweitern.

Frau Brockerhoff (B 90/Grüne) stellt klar, dass man nicht über den Bedarf im integrativen System planen wolle. Im Antrag sei daher die Gesamtschule oder die Sekundarschule genannt. Man wolle erst das Anmeldeverfahren abwarten. Der Elternwille könne sich auch zukünftig ändern, man nehme einen steigenden Bedarf an der Sekundarschule war.

Frau Lehmann (die Linke) pflichtet ihr bei, dass dies ein Prozess sei. Auch könnten auspendelnde Schülerinnen und Schüler vielleicht so zurückgewonnen werden.

Auf Antrag von Herrn Schlifter (FDP) wird der Antrag der Koalition in der Sondersitzung am 24. Juni beraten. Diese Sondersitzung wird ab 15:00 Uhr für maximal 45 Minuten stattfinden.

Herr Nockemann (stellvertretender Ausschussvorsitzende) dankt im Namen des gesamten Ausschusses der Verwaltung für die vorgelegte SEP.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss beschließt den Ganzheitlichen Schulentwicklungsplan der Stadt Bielefeld für den Zeitraum 2020 – 2030 für die allgemeinbildenden städtischen Schulen als Arbeitsgrundlage der Verwaltung.

dafür: 14 Stimmen

dagegen: 1 Stimme

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1.2

Errichtung einer zwei- bis dreizügigen Grundschule am Standort des Schulzentrums Wintersheide

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0699/2020-2025

Nachdem Herr Nockemann (stellvertretender Ausschussvorsitzende) den Tagesordnungspunkt aufgerufen hat, teilt er dem Ausschuss mit, dass die Punkte aus der Nachtragsvorlage einstimmig in der BV Sennestadt beschlossen wurden. Der BV Sennestadt wäre klar, dass vieles von diesen „nice to have“ sei.

Herr Suchla (SPD) meldet sich zu Wort und gibt an, dass man froh über den Standort sei. Seine Partei könne dem Votum der BV Sennestadt zustimmen. Ein getrennter Schulhof sei sehr begrüßenswert. Er beantragt den Beschlusstext der Nachtragsvorlage DS-NR 0699/2020-2025/1 anstatt der originären Beschlussvorlage 0669/2020-2025 zu beschließen.

Frau Brockerhoff (B 90/Grüne) beantragt die getrennte Abstimmung der Punkte 1 bis 5 und 6 bis 12. Weiterhin beantragt sie die 1. Lesung der Punkte 6 bis 12.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus stellt klar, dass das zentrale Thema der Standort ist. Eine Beschlussfassung noch vor der Sommerpause ist hierzu wichtig. Der Rest sind Umsetzungsfragen, die auch teilweise im pädagogischen Konzept der neuen Schule zu klären sein werden.

Herr Schlifter (FDP) moniert, dass bei den Punkten drei und vier die Kosten fehlen würden. Aber nun gehe es um die Standortplanung, der Rest wäre die ausführende Planung.

Frau Ostwald (AFD) mahnt an, dass man einen Neubau mit Augenmaß erstellen müsse. Eine Modellschule wäre schön, aber das Geld wäre für andere Schulen besser aufgehoben.

Herr Beigeordneter Dr. Witthaus stellt klar, dass man sich an dem Raumprogramm nach dem Konzept der Ganzheitlichen SEP, welches beschlossen wurde, orientieren wird.

Über die **Anträge** von Herrn Suchla und Frau Brockerhoff wird wie folgt **abgestimmt:**

dafür: 14 Stimmen

dagegen: 1 Stimme

-mit großer Mehrheit beschlossen-

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

~~1. Der Standortwahl zur Errichtung einer zwei- bis dreizügigen Grundschule am Schulzentrum Wintersheide wird zugestimmt.~~

~~2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur Realisierung zu ergreifen und den Errichtungsbeschluss vorzubereiten.~~

1. *Der Standortwahl zur Errichtung einer zwei- bis dreizügigen Grundschule am Schulzentrum Wintersheide wird zugestimmt. Dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort nördlich der Theodor-Heuss-Realschule (THS) wird nicht zugestimmt. Stattdessen soll ein Standort südlich der Johannes-Rau-Schule (JHS) gefunden werden. Dazu wird sich z. B. der Schulhof der JHS anbieten. Die bestehenden Außen-sportanlagen sind zu erhalten oder ggf. umzusetzen. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zur Realisierung zu ergreifen und den Errichtungsbeschluss vorzubereiten.*
2. *Ein gemeinsamer Schulhof der neuen Grundschule mit der THS wird abgelehnt.*
3. *Die neue Grundschule sollte die bestmögliche und modernste technische Ausstattung erhalten. Sie soll, wenn möglich, als Modellgrundschule für Bielefeld und darüber hinaus, eingerichtet werden. Das Schulkonzept soll darauf ausgerichtet werden. Es sollen alle möglichen, für eine Grundschule sinnvollen, elektronischen Medien zum Einsatz kommen. Die Voraussetzungen für musische und handwerkliche Unterrichtselemente sollen ebenfalls bestmöglich und umfangreich integriert werden.*
4. *Die Grundschule soll mit einer eigenen Sporthalle ausgestattet werden, die nicht im Souterrain der Grundschule eingerichtet werden soll.*
5. *Die Grundschule soll, passend zur THS, auch für Schüler*innen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf ausgerichtet sein.*

Dafür: 14 Stimmen

Dagegen: 1 Stimme

-mit großer Mehrheit beschlossen-

6. *Die Grundschule soll mit einem Lehrschwimmbecken ausgestattet werden.*

7. *Spätestens bis zur Fertigstellung der Grundschule muss auch die Einfahrt in die Bleicherfeldstraße, aus Richtung Krackser Bahnhof, wieder möglich sein.*
8. *Die Fuß- und Radwege zur neuen Grundschule sind bis zur Fertigstellung zu optimieren. Ein besonderes Augenmerk liegt auch auf den Radwegen, die aus den Außenbezirken zum Schulzentrum-Süd führen. Davon dürften dann alle Schüler*innen des Schulzentrums ab Klasse 3 profitieren.*
9. *Wie schon von der Verwaltung angeführt, wird davon ausgegangen, dass die Schülerfahrtskosten (mittels Schulbus) für alle Schüler*innen aus den Außenbezirken Sennestadts übernommen werden (Dalbke, Heideblümchen und Eckardtsheim).*
10. *Es ist zu prüfen, wie die Schulanfangszeiten, am Schulzentrum-Süd zu entzerren sind. Dies ist sicherlich bei einer Schulneugründung am besten möglich.*
11. *Eine sehr gut dimensionierte OGS ist gerade an diesem Standort obligatorisch.*
12. *Der Standort Sprungbachstraße wird lt. Beschluss der Bezirksvertretung vom 15.04.2021 als 2. Priorität freigehalten bis der Schulstandort Süd endgültig abgesichert ist.*

1. Lesung

getrennte Abstimmung einzelner Punkte

Lars Nockemann
Stellv. Ausschussvorsitzender

Daniel Seifert
Geschäftsführer/Schriftf. Schule